

Preussische Zeitung

Inserionsgebühren für die fünfzehnjährige Zeit oder deren Raum 18 Pf. für sechs Monate 10 Pf. für drei Monate 6 Pf. für einen Monat 3 Pf.

Abonnement-Preis pro Quartal 3 Mark, durch die Post bezogen 4 Mark 50 Pfennige.

Verlag der „Allgemein-Preussischen Zeitung“ in vorm. G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallscher Courier.) Verantwortlicher Redacteur: Dr. F. Götlicher in Halle.

N 230.

Halle, Sonntag den 1. October.

1882.

Die Candidaturen zum Abgeordnetenhaus.

Ueber die Candidaturen zum dem bevorstehenden Landtage wollen sich die Nat.-Lib. Correspondenz heute folgende Aufschlüsse: In den meisten Wahlkreisen ist die Aufstellung der Candidaten zum Abgeordnetenhaus nunmehr vollzogen und es läßt sich bereits eine ziemlich vollständige Uebersicht über die sich gegenüberstehenden Mandatsbewerber gewinnen. Wir wollen im Nachstehenden versuchen ein ungefähres Bild von den Candidaturen zu entwerfen, soweit es sich bis jetzt zeigen läßt. Die Provinz Sachsen wählt 23 Abgeordnete in 16 Wahlkreisen. Davon gehören in der letzten Legislaturperiode 12 der conservativen, 2 der freiconservativen, 4 der liberalen, 1 der fortschrittlichen Partei an. Die Provinz zeichnet sich bekanntlich vor allen andern dadurch aus, daß sie nur für die beiden Extreme auf der linken und rechten Ausdehnung bildet und unvermischten und möglichst Unmöglichen zwischen diesen beiden aufstellen zu sein pflegt. Abgesehen von den beiden ultramontanen Kreisen Braunschweig und Westfalen, welche die fortschrittliche Partei so ziemlich in allen vorerwähnten Wahlkreisen bereits ihre Candidaturen aufgestellt, unter Anerkennung des Bestehens der liberalen Parteien. In sämtlichen Wahlkreisen, mit Ausnahme der Stadt Königberg, liegen den fortschrittlichen (socialistischen) Candidaten conservativ gegenüber. National-liberale Abgeordnete aus Sachsen sind nicht, sondern nur die Candidaturen dieser Partei sind dort auch nicht in Aussicht genommen.

Die Provinz Westpreußen wählt in 22 Wahlkreisen 45 Abgeordnete. Von gemeinsamen Abgeordnetenpaaren gehören davon 22 der conservativen, 10 der freiconservativen, 4 der national-liberalen, 4 der liberalen, 1 der fortschrittlichen Partei an. In Westpreußen haben sich die deutschen Parteien bei der Aufstellung der Candidaturen im Ganzen auf den bisherigen Bestehenden beschränkt. Conservativ bereits nur aus der bisher üblichen Übung hervorgegangen, liberaler Partei auch die National-liberalen haben bisher in dieser Provinz drei Candidaturen aufgestellt. Bemerkenswert sind die Unterlegungen der Polen. Wir zählen nicht weniger als 13 politische Candidaturen in Westpreußen, die sich gegen die bisherige Vorherrschaft der deutschen Wähler, die Parteigenossen der Nationalen unterwerfen und sich in den von den Polen bedrohten Wahlkreisen über gemeinsame Candidaturen zu verständigen.

Die Provinz Brandenburg wählt in 22 Wahlkreisen 45 Abgeordnete. Darunter waren zuletzt 25 Conservative, 6 Freiconservative, 11 Fortschrittler, 2 National-liberale, 1 Socialist. Die Provinz hätte also mit Ausnahme der 9 fortschrittlichen Abgeordneten von Berlin nur ganz dergestalt liberale Vertreter. Hier finden die liberalen vorwiegend: Zerran zu gemessen. Es sind dann auch in den meisten Wahlkreisen fortschrittliche, socialistische oder national-liberale Candidaturen aufgestellt, unternommen sind noch mehrere Wahlkreise ohne liberale Candidaten vorhanden, 2 Westphallens-Braunschweig, Preußen, Angermünde, Zülpberg, Sternberg, Hilsdorf, Ludwigsfelde, und andere. Seit längerer Zeit hat die liberalen Parteien große Anstrengungen gemacht, nicht nur ihren Bestehenden zu wahren, sondern auch den liberalen Mandate abzunehmen; sie haben nicht nur in ihrer bisherigen Wahlkreise, sondern auch in Berlin, Potsdam, Hildesheim, anti-fortschrittliche Candidaturen aufgestellt.

Die Provinz Pommern wählt in 13 Wahlkreisen 26 Abgeordnete. Es ist die alte Domäne der Conservativen. Auf 23 conservativ und 2 freiconservative Mandate kam zuletzt nur ein einziges liberales (Eiertin). Die Wähler für die liberalen Parteien sind nicht glänzend. Zum ersten Mal in mehreren Jahren konnten vertretenen pommerischen Wahlkreisen in Danzin, Randow, Greifenhagen, Prip-Saatzig, Greifenberg-Ramin, Köstlin-Solberg, Grimmen-Greifswald, liberale Candidaturen verschiedener Färbung aufgestellt.

Die Provinz Posen wählt in 13 Wahlkreisen 29 Abgeordnete. Darunter waren in der letzten Legislaturperiode 15 Polen, 6 Conservative, 4 Freiconservative, 3 National-liberale, 1 Fortschrittler. Die deutschen Wahlvorbereitungen sind hier noch sehr im Anfang und es läßt sich nicht erwarten, daß in nächster Sitzung sie sich entzünden werden. Während die Polen in sämtlichen Wahlkreisen der Provinz ihre Candidaturen bereits aufgestellt haben, sind uns bis jetzt durchgezeichnet nur eine fortschrittliche Kandidatur in der Stadt Posen und zwei conservativ-liberale Compromisscandidaturen in Gnesen, Posen und Frankfurt-Schöben bekannt. Auch hier sind die Deutschen, wenn sie Erfolge gegenüber den Polen erzielen wollen, auf gegenseitige Verständigung und auf Compromisscandidaturen angewiesen.

Die Provinz Schlesien wählt in 30 Wahlkreisen 65 Abgeordnete. Davon sind in der letzten Legislaturperiode 19 zu den Conservativen, 7 zu den Freiconservativen, 22 zu den Ultramontanen, 11 zu den National-liberalen, 6 zu der liberalen Vereinigung. Die fortschrittliche Partei behält hier gar kein Mandat. Von den liberalen (in Gnesen, Posen und Frankfurt-Schöben) Mandatbesitzern kandidieren abgesehen von den bisherigen Mandatbesitzern Albenberg-Neidenbach und Nothenburg-Dobersbrunn sind gegen bisherige conservativ liberale Mandatbesitzer aufgestellt, während hingegen Grünberg-Preßnitz, Uegnitz u. a. von den Conservativen neu ins Auge gefaßt sind.

Die Provinz Sachsen wählt in 23 Wahlkreisen 38 Abgeordnete. Davon gehören in der letzten Legislaturperiode 12 zu den Conservativen, 10 zu den Freiconservativen, 11 zu den National-liberalen, 3 zur liberalen Vereinigung, 2 zu den Ultramontanen; die fortschrittliche Partei behält hier kein Mandat. Sie liegen in fast allen Wahlkreisen Kandidaten der verschiedenen Parteienklassen gegenüber.

Politischer Tagesbericht.

Die seit Anfang dieses Jahres in Rom erscheinende Zeitung „La Rassegna“, welche es versteht hat, durch ebenso energische wie verlässige Zeitung eine der gedachten Stellen im italienischen Journalismus zu erringen, bringt ab und zu Berichte aus dem Vatican, welche zweifellos von einem Mitgliede der höchsten Geistlichkeit herrühren. Diese „Vaticanismi“ werden bisher ungefähr zwanzig vorliegen, geben Nachricht über die verschiedensten Dinge, welche das politische und kirchliche Leben innerhalb der Mauern des päpstlichen Palastes betreffen. Wir würden mehrere hervorragende Persönlichkeiten aus der Prälatenpolitik und charakterisiert, daneben wird auch die Kirchenpolitik des Vatican gegenüber dem neuen Italien und den übrigen modernen Staaten, soweit der Verfasser der Briefe diesbezu zu verfolgen vermag, dargestellt. So verhandelt er z. B. die Himmelfahrt auf die Höhe, welche der Cardinal Redemptorist jüngst in Aussicht hat, auf die Anstrengungen, welche er mit Erfolg gemacht hat, um die Vermählungen des Herrn v. Schöller zu durchkreuzen, dem vaticanismischen Berichterstatter der „Rassegna“, welcher sich unter dem Namen „Simmaco“ verbirgt. Dieser „Simmaco“ ist offenbar über die jeweilige Stimmung innerhalb der Curie genau unterrichtet. Mit besonderem Interesse wird man beschauen in Deutschland den ersten Theil seines letzten „Vaticanismi“ lesen, der sich

über die Aussichten der Schöller'schen Mission und über die maßgebenden Persönlichkeiten in der Curie in folgender Weise ausdrückt: „Der v. Schöller ist nach Rom zurückgekehrt, um eben da zu sein, zu keinem andern Zweck. Die Verhandlungen liegen an dem nämlichen Punkte wie vor seiner Abreise. Die Curie traut ihm nicht und will nicht nachgeben. ... Vielleicht hätte der Kaiser, wenn er sich das vorgenommen hätte, was er es gerne ausgedrückt — wenigstens die Erlaubnis der Curie zu erlangen, die Verhandlungen abzugeben und den Vertreter zurückzugeben: aber der Kaiser ist geblieben und hofft, weil er glaubt. Hierzulande aber denkt man nur an die weltliche Herrschaft und träumt von nichts als von ihr, und so lange irgend eine Kriegsgeschäft in Europa ist, so lange hält man auch die Hoffnung aufrecht, jene zurück zu erhalten. ... Der v. Schöller hat nur den unglücklichen Staatssecretär besucht, nicht den Papst, weil er ihm doch nichts mitzubringen gehabt hätte. Es scheint nicht, daß er — wie dies behauptet worden ist — einen eigenhändigen Brief des Kaisers überbracht hat. Der Papst hat nichts mehr zu geben: er will empfangen und glaubt in der Nachgebliebenen Punkte zu weit gegangen zu sein. Er ist inhaltlich entschlossen, weil er zu Anfang des Jahres zurückgekehrt hat, daß die Neugestaltung eines Theiles der deutschen Kirche auf die Absicht der Berliner Regierung, ihm Rom und den Kirchenstaat wieder zu verschaffen (1) schließen lasse. ... Die Reaction in ganz Europa ist dabei entsetzt, daß der Papst weder Deutschland noch Italien nachgibt. ... In Frankreich findet darin die Gelegenheit-Republicanism, die legitimistischen, Clericalen und Radicalen ihr Interesse; in Oesterreich die ganze alte Militär- und Feudalpartei, welche hofft, daß bald die Wohlthätigkeit eintrete, Italien die Säbne zu zeigen wegen der Schwäche seiner Regierung und wegen der sich abzeichnenden Verbindung mit den Radicalen in Deutschland das aus Paß und Anhang mächtige Centrum, die starke Partei in dem vierjährigen Reichstag; endlich die katholischen Slawen, die Katholiken in Belgien, Irland und Spanien.“

Es ist ganz unverkennbar, daß sich in Regierungs-kreisen ein durchgreifendes Umschwung der Anschauungen vollzieht, welcher selbstverständlich einen Wandel der gesammten Regierungspolitik jusqu'au fond zur Folge haben muß. Die Sprache der Regierungsorgane ist sich haben, als daß man darüber noch einen Zweifel hegen könnte. Die Nord. Allg. Ztg. läßt kaum einen Tag vorbeiziehen, an dem sie nicht den Ultramontanen direct oder indirect einen Hieb verleiht; heute greift sie u. a. auf das Zeugnis des sehr liberal angelegenen ehemaligen bairischen Ministers Jolly zurück, um „die Kirchenpolitik in Preußen“ zu revidieren. Sie verurtheilt das nach zwei Seiten, indem sie Herrn Jolly als klaffenden Zeugen einmals für die Nothwendigkeit des Erlasses der Maßregeln, die die Nothwendigkeit der dictionären Vollmachten, deren sich die Regierung heut erfreut, die aber von allen Ultramontanen entschieden verurtheilt werden, nennt, ferner daß von allen Ultramontanen begehrt Herr Jolly übernahm von der N. A. Z. als Gewandtum angeführt wird, beweist, daß man in maßgebenden Kreisen die bisherigen Maßnahmen auf die Ultramontanen nicht mehr stellen zu müssen.

Nicht minder bezeichnend sind die seit einigen Tagen sich wiederholenden Angriffe des gouvernementalen Blattes gegen die Ultramontanen, die dem Schlußsatz des Reichsboten folgen, bzw. dem agrarisch-conservativen Standpunkt des Herrn von Mirbach theilen. Allen wird der vollen Unruhe der Regierung gedroht, wenn sie auf ihrem bisherigen Standpunkt beharren und sich eine gewisse Unabhängigkeit von der Regierung zu wahren beabsichtigen. Diese auffällige Verwornung kann offenbar nur darin eine Erklärung finden, daß die Regierung aus dem bisherigen, statt zu dem Ultramontanismus hinneigenden Verhalten dieser Elemente glaubt einen Widerstand ableiten zu müssen, falls sie eine Spaltung in ihrer inneren Politik vornimmt, und insofern ist dieser Zwischenfall allerdings sehr lehrreich.

Sind wir danach vollauf berechtigt, auf einen Wandel der Regierungspolitik den Ultramontanen gegenüber zu schließen, so liegen zugleich schwerwiegende Anzeichen dafür vor, daß auch auf sozialem Gebiet eine Aenderung der Regierungspolitik und Annäherung an die gemäßigten Parteiengen beabsichtigt ist. Die gerade gegen den staats-socialistischen stark engagierten „Reichsboten“ gerichtete Spitze der offiziellen Angriffe bringt uns zu jeder Annahme, und ziehen wir zugleich in Betracht, daß Herr Lecher Duder, bekanntlich die leitende Seele der bisherigen staats-socialistisch gefärbten Sozialpolitik der Regierung, in diesem Augenblicke seinen Abschied nimmt, so combiniren wir wohl nicht zuviel, wenn wir einen völligen Wandel der Regierungspolitik prognostizieren. Wir bitten unsere Leser diese Vorgänge im Auge zu behalten; es scheint sich in der That eine bedeutungsvolle Epoche in unserer inneren Staatsleben anzubahnen.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ bringt heute auch in den Steuerfragen einen sehr viefassenden Artikel, der folgendermaßen lautet:

Aus halbamtlichen Mittheilungen läßt sich schließen, daß die Regierung nicht mehr beabsichtigt, das Verordnungsgebot dem Landtage wiederum vorzulegen. Dasselbe hatte den Zweck, das Zeugnis der preussischen Landtage über die herbeizuführen, daß eine Abhilfe des durch die direkten Steuern und die Beschläge zu denselben herbeizuführen Drucke nothwendig sei; 2. in Preußen gelegentlich Zufriedenheit das die Verwendung der durch Reichssteuerer (Zabstmonopol) zu erlangenden Einnahmen, auch grade zur Widmung von direkten Steuern und zu keinem andern Zweck statthaft wäre. Dieser zweite Zweck bezieht vor der Hand nicht mehr, das das Zabstmonopol abgetheilt ist und andererseits Vorlagen für den Reichstag, um aus indirecten Steuerquellen Mittel zur Erleichterung des Druckes der directen Steuern zu erlangen. Der Augenblick ist nicht in Aussicht stehen. Bevor jedoch in Aussicht genommen werden, wird festgestellt werden müssen, ob der preussische Staat überhaupt ein Bedürfnis an erhöhten Einnahmen hat. Die Regierung ist von dem Vorwurfe des preussischen Staats bezichtigt, sie hat für dieselbe aber weder in Reichstag, noch in preussischen Landtage bisher Anerkennung gefunden. Im Gegenstand hat der preussische Landtag im Frühjahr, durch das Drängen auf seinen Schluß, seine Gleichgültigkeit bei dieser Frage bekundet, und im Reichstage ist das

Bedürfnis neuer Steuern und das Vorhandensein eines Steuerdrucks in Preußen, ungeachtet der Millionen von Klassensteuererleichterungen, bestritten worden. Die preussische Regierung bedarf daher bevor sie in Reichs Anträge auf Eröffnung neuer Steuerquellen stellt, einer weiteren Legitimation, als bisher, für ihre Ansicht und Behauptung des in ihrem Sinne bestehenden Steuerdrucks. Sie muß zu diesem Beweise das der Form nach competenteste Zeugnis, das der eigenen Landververtretung, in Händen haben, bevor sie in Reichs neue Anträge auf Bewilligung von Mitteln für die Erleichterung des von ihr behaupteten Druckes stellen kann. Dem angeführten Zweck des Verordnungsgebotes: das Zeugnis des preussischen Landtages über den in Preußen bestehenden Steuerdruck herbeizuführen, bezieht also heut zu Tage in verstärktem Maße vor.

Wenn wir uns auch über die zweite Aufgabe, über die Verwendung von Mitteln, nicht den Kopf zu zerbrechen brauchen, die wir nicht bezweifeln, und die uns von Reichstage auch in anderer Form, als in der des Zabstmonopols, vollständig verweigert werden, so bleibt es doch Pflicht der Regierung, dieselbe über den guten Willen des Reichs, seinen beabsichtigten Unterthanen zu helfen, keinen Zweifel aufkommen läßt, sondern sich zunächst das Bedürfnis-Zeriffat vom preussischen Landtage verschafft und mit demselben in der Hand von neuem die Reichssteuerquelle zu öffnen sucht. Stellt der preussische Landtag auch diesmal das Bedürfnis in Abrede oder läßt er die Abstimmung derselben an Formfragen scheitern, so wird die Regierung zu ihrem Bedauern auch nicht in der Lage sein, den von ihr erkannten Reichsdrücken durch den Versuch der Eröffnung neuer Reichssteuerquellen abzuwehren. Sie wird dann in der Nothwendigkeit sein, die Steuerfrage in statu quo liegen zu lassen, bis im Laufe der Zeit die Ueberzeugung zu Tage tritt, entweder, daß ein finanzieller Nothstand in Preußen vorhanden ist, oder daß die preussische Regierung sich bei der Bewilligung derselben im Reichstag befand. Wäre das letztere der Fall, und darüber muß das preussische Volk sich selbst durch seine gewählten Vertreter schlüssig machen, so läge für die Regierung Kreuzens überhaupt kein Grund vor, den Reichstag mit weiteren Steueranträgen zu beschäftigen. Bei der Bedeutung der Alternative, wor welche die Regierung sich befindet, ist es also ein dringliches Bedürfnis unserer inneren Politik, daß der preussische Landtag die Frage, ob Preußen neue Einnahmen behufs einer Steuerreform bedarf, ohne Zeitverlust mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet.

In Betreff der Wiederbesetzung des Oberpräsidentenpostens der Provinz Pommern erfahren wir, daß von allen als Candidaten in der Presse genannten Persönlichkeiten der bisherige Regierungspräsident in Straßburg Graf v. Deyr Regendant die meisten Chancen hat, auf diesen Posten berufen zu werden. Graf Deyr würde nächst dem Oberpräsidenten, Staatsminister Dr. Adenbach in den jüngeren höheren Beamten zu rechnen sein, da er erst im Mai sein 56. Lebensjahr vollendet hat. Derselbe absolvirte die juristischen Studien auf den Hochschulen zu Göttingen, Genu und Berlin und besuchte später alle europäischen Länder — auch Egypten zu wissenschaftlichen Zwecken. Graf Deyr ist erliches Mitglied des Herrenhauses, war früher Landrath des Kreisbezirks Braunschweig und ist seit drei Jahren Regierungspräsident zu Straßburg.

Die neueste Nummer des „Zustiz-Ministerial-Blattes“ enthält eine sehr beachtenswerthe, vom 16. v. M. datirte Verfügung des Justizministers, betreffend die Strafvollstreckung gegen jugendliche Personen. Nach dem Befehle vom 13. März 1878 können Personen im Alter von 6-12 Jahren, welche eine strafbare Handlung begangen haben, auf Beschluß des Vormundschaftsgerichts in eine Zwangs-erziehungsanstalt untergebracht werden, jedoch nur bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahre. Wenn dergleichen Personen nach erreichter Strafmündigkeit, also nach vollendetem zwölften Lebensjahre, eine strafbare Handlung begangen und wegen derselben gerichtlich bestraft wurden, so erregt es sich wiederholt, daß durch die Strafvollstreckung die Zwangs-erziehung eine Unterbrechung erfährt. Man wird unbedingt zustimmen müssen, wenn der Justizminister die Ansicht anspricht, daß solche Unterbrechungen nur dann gestattet seien, und der Erfolg der Zwangs-erziehung gänzlich in Frage zu stellen, und daß aus diesem Grunde die Strafvollstreckung auszuheben, in geeigneten Fällen auch die Zwangs-erziehung anzuzeigen sei. Ist die hierauf abzielende Verordnung des Ministers unbedingt willkommen zu heißen, so wird man sich consequenter Weise aber auch fragen müssen, ob denn die Strafvollstreckung gegen jugendliche Personen in ihrer jetzigen Form überhaupt zweckentsprechend, ob sie beizubehalten oder einer Aenderung zu unterwerfen sei. Die Entscheidung ist einfach genug, denn wenn man mit Recht von der jetzigen Art der Strafvollstreckung eine Gefährdung der Zwangs-erziehung befürchtet, so kann dieselbe überhaupt nicht geeignet sein, ihren Zweck, die Besserung des jugendlichen Straflingens, zu erfüllen. Strafvollstreckung und Zwangs-erziehung verfolgen ein und denselben Zweck, und wenn letztere geeigneter ist, denselben zu erreichen, so ist dies ein Beweis, daß die erstere entweder überflüssig oder wenigstens ein gründlicher Reform zu unterwerfen ist. Es ist sich guten Vorbedachten über die Behandlung jugendlicher Strafgefangenen bleiben auszuführen, oder sich in nichts in sehr mangelhafter Weise anzuwenden, weil sie lokalen Hindernissen begeben und die nöthigen Mittel und Anstalten für ihrer Durchführung nicht zu Gebote stehen. Ist eine gründliche Reform des Gefängniswesens nothwendig, so wird sich dieselbe an erster Stelle mit den jugendlichen Gefangenen zu beschäftigen haben. Von ihrer sittlichen Erziehung hängt der Erfolg des Kampfes gegen das Verbrechertum hauptsächlich ab.

Ueber den augenblicklichen Stand der Frage bezüglich der Militärreformprojektion und von unserm Berliner Correspondenten folgende Mittheilungen zu: Bekanntlich trat im Mai dieses Jahres eine Immediate-Commission zusammen, um über den Entwurf dieser Militärreformprojektion zu beraten. Diese Beratungen gelangten definitiv zu Ende und bewirkten die Feststellung eines solchen Entwurfs, der zunächst von der Commission an den Kriegsminister gelangte und von diesem Sr. Majestät dem Kaiser unterbreitet wurde. Dieser Entwurf wurde sodann dem verbandelten Ministerium zur Kenntnissnahme resp. zur Rückäußerung vorgelegt. Wir hören nun, daß diese Rückäußerungen der Einzelregierungen jetzt hier eingetroffen sind,



und der Immediatcommission, welche im November nochmals zusammentreten soll, zur abermaligen Beratung vorgelegt werden sollen. Man glaubt, daß dieser eine nochmalige Beratung unterzogene Entwurf dann sofort dem Reichsrath zur Beratung unterbreitet werden wird, es ist demnach nicht unwahrscheinlich, daß dem Reichstage in seiner nächsten Frühjahrsession eine darauf bezügliche Vorlage zur Beratung unterbreitet werden wird.

Deutsches Reich.

Berlin, den 29. September.

Das Befinden des kommandirenden Generals des Gardekorps, Grafen Brandenburg, hat sich wesentlich gebessert, doch schreitet die Genesung nur sehr langsam vorwärts. Graf Brandenburg ist noch im Stande, mit dem verletzten Hüfte aufzutreten und es ist, wie man uns schreibt, noch nicht anzusehen, wann der General in der Lage sein wird, seine Dienstfunktionen aufzunehmen.

Die Wunde der Bevölkerung nicht allein unserer Hauptstadt, sondern des vresiglichen und des ganzen deutschen Vaterlandes, hat heute wie seit Jahren an diesem Tage nach Baden-Baden gerichtet, wo die Kaiserin in der Zeit ihres hohen Aufenthalts die 71. Wiederkehr ihres Geburtstages feiert. Die Hoffnungen, die wir vor einem Jahre nach dem so schönen Erfolge gekürzten Eingreifen des genialen, leider jetzt schon aus verhängnisvollen Bommer Operateurs Dr. Buch langstagen hegen zu dürfen, daß die von schwerer Krankheit geneigte Kaiserin diesmal in ungetrübter Gesundheit ihr Siegenfest wieder begehen können, haben sich zu aller Verdrüßnis nicht vollständig erfüllen sollen. Millionen und aber Millionen Frauen, besonders der Armen und Grenten, der Kranten und Verwundeten, denen die mildezeitige hohe Frau eine Altsitz bereitete Helferin war, beneht heute der schrecklichen Wunde, daß ihr in die Wunde völlige Genesung befehlen sein möge.

Die spezielle Maß- und Anstaltungen, wie Constructionsergebnisse am 16. d. M. in Wilhelmshaven vom Stapel gelaufenen neuen „Avio „Feil“ werden in Folgendem angegeben: Länge des Schiffes 74,7 m, größte Breite 9,9 m, Tiefe 6,03 m; Displacement 1370 Tonnen, Maschinenkraft der Zwillingscompound-Maschine 2700 Pferdekraft, womit eine Fahrgeschwindigkeit von 16 Seemeilen in der Stunde erzielt werden soll. Schiffsgarnitur: eine 12,5 cm-Minglanone in Mittelboot-Lassen-Verstellung auf der Wad, vier 8,7 cm-Kanonen in Gellensaffen als Breitseiten-Geschütze und vier 3,7 cm Revolver-Kanonen. Außerdem ist das Schiff unter dem Bug mit einem Canardier für Fischtorpedos ausgerüstet. Die Benennung wird 108 Ränge umfassen. Der „Feil“ und dessen Schwester Schiff, der jüngst in Gaarden bei Kiel auf dem Werft der Norddeutschen Schiffbau-Gesellschaft vom Stapel gelaufene „Wig“ sind die ersten Schiffbauten der Deutschen Kriegesflotte, welche in ihrem Schiffsbau ganz aus Stahlplatten ausgeführt worden sind, deren Stärke zu 11 und 14 mm angegeben wird.

Die Zahl der Deutschen Consulate wird demnächst um eines vermehrt werden. Die deutsche Reichsregierung beabsichtigt, dem Vereinigen nach, in der russisch-polnischen Stadt Vozz ein deutsches Consulat zu errichten. Wieser hatte Deutschland, wie alle anderen Mächte, für das Königreich Polen nur einen einzigen Consul, der seinen Wohnsitz in Warschau hat. Vozz beherbergt aber nicht nur Landese der Unterthanen, sondern ist auch eine der bedeutendsten Industriestädte Polens, so daß die Errichtung eines deutschen Consulates derselben in jeder Hinsicht gerechtfertigt erscheint.

Die im Jahre 1880 in Berlin stattgehabte internationale Fischer-Ausstellung hat die Reichsregierung zeigt, auf eine mehr rationelle Ausnutzung der Fischerei und auf eine bessere Bewerthung ihrer Produkte hinzuwirken. Da die hierbei vorzunehmenden Arbeiten und Bemühungen überwiegend in sehr vernünftigen Beschäftigungen liegt, so sind Verbesserungen der vorigen Fischerkaiser, der Fischerei und der Fangergäthe, zu wie der Räucherweibchen u. s. w. ohne wirksame Staatsbeihilfe nicht durchzuführen. Um daher von den wirksamsten Anstalten der Fischerzucht nur die dringendsten betreiben zu können, hat der Minister für die Landwirthschaft u. in diesem Jahre nicht unerhebliche Geldmittel für diese Zwecke angewiesen.

Die Größe der Stampf-Papier-Ansammlung bei der kaiserlichen Post ist eine ganz enorme; nach einem Bericht des Geheimen Postrats Schiffmann zu Berlin sollen die bei den kaiserlichen Depostirectionen lagernden Bestände an erledigten Postanweisungen vom Jahre 1881 im Gesamtgewicht von etwa 10000 Kg., sowie an erledigten Postanweisungen im Gesamtgewicht von 160000 Kg., im Laufe des Jahres 1882—1883 in größeren Partien veräußert werden. Die zu veräußernden Papiermengen sind in verriegelten Säcken von den Lagerräumen der einzelnen Depostirectionen abzunehmen und demnächst auf Kosten der Abnehmer nach den Fabriken, wo die Verriethung zu erfolgen hat, weiterzuführen. Das Eintampfen der Papiere bewirkt die sonstige Verriethung derselben hat im Weiten eines Postbeamten zu geschehen.

Nach einer offiziellen Correspondenz der „Erf.-Abt.“ soll der Kaiser auf eine Anregung von Seite des Fürsten von Viet, des Finanz- und des landwirthschaftlichen Ministers hin dem früheren Bürgermeister Raiffeisen, dem Gründer der nach ihm benannten Darlehnskassenvereine, seine Anerkennung ausgesprochen haben.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ behaupten, daß dem Regierungsrat Dr. Oberer vor ein sechsjähriger Urlaub und zwar, auf rein Ansuchen“ ertheilt sei.

Aus Anlaß des jüngst in Straßburg verhandelten Procces Ertredet wird der „Heilbronner Nachrichten“ eine Affaire mitgetheilt, welche zwischen der Straßburger Tabak-Manufaktur und dem früheren Inhaber der Stuttgarter Filiale spielte und die neuerdings ein großes Licht auf die Verwaltung jener Anstalt zu werfen geeignet ist. Der Inhaber der Stuttgarter Filiale erhielt eines Tages einen äußerst scharf gehaltenen Brief von der Direction in Straßburg mit der Mahnung, längst verfallene 3000 Mark umgehend zu bezahlen, widrigenfalls man sich an seiner Canton schloß halten würde. Genauere Untersuchungen ergaben nun, daß jener Betrag nicht allein längst entrichtet war — die Quittungen bezeugen sich im Defizit des betreffenden Kaufmanns — sondern der Vagare hatte seinerseits noch ein Guthaben von 600 Mark bei der Manufaktur.

Aus Straßburg schreibt man der „Tribüne“. Am Hotel „Etat Paris“ hat am 25. eine Versammlung von Vertretern der deutschen Spielwaren-Industrie mit Herrn Douot, Präsident de la chambre syndicale des negociants en habillements zu Paris stattgefunden, welche auf eine Vereinfachung internationaler Vereinbarungen über die Frage gerichtet war, welche

haben bei der Fabrication von Spielwaren zuzulassen seien. Deutschereits nahmen an dieser Conferenz Delegirte der Handels- und Gewerbe-Kammern in Nürnberg, Vertreter der Handels- und Gewerbe-Kammern zu Sonneberg und Delitzsch aus Dürrenbühl in Sachsen und aus Würth. Reich. Auf der Reichstagsabgeordnete Dr. Dumbach hatte sich auf erlangene Einladung dazu eingefunden, bezügend der Vorhandlung des chemischen Laboratoriums des bayerischen Gewerbevereins Dr. Kayser aus Nürnberg. Man kam zu dem Resultat, die gegenseitigen Factoren der bei dieser für die Spielwaren-Industrie hochwichtigen Frage interessirten Länder unter ausgedehnter, internationaler Vereinbarungen auf folgender Grundlage herbeizuführen:

1) Es ist ein Verbot zu erlassen, jede heraufzuführen, welche bei ihrer Verwendung an oder in Spielzeugen als gesundheitsgefährlich betrachtet werden sollen. 2) Diese Körper dürfen an oder in Spielzeugen nur in so geringen Mengen vorhanden sein, daß eine gesundheitsgefährliche Beschädigung ihrer Eigenschaften ausgeschlossen ist. 3) Das Maximum des erlaubten Vorhandenseins eines der als gesundheitsgefährlich bezeichneten Körper an oder in einem Gegenstande der Spielwaren-Industrie ist in den Maximalzahlen der Medicinal-Vergiftung für die betreffenden Körper gegeben.

Besonders wichtig sind an die Reichsregierung wiederholt Anträge ergangen, die Compens der Reichs-Einkünfte bei allen Reichs-Steuern, insbesondere bei allen Steuern der Vermögen der indirecten Steuern und bei allen Reichs-Steuern in Zahlung anzunehmen. Die Reichsregierung hat dies seltener mit aller Entschiedenheit abgelehnt, und ist, wie wir hierin dabei von folgender Anschauung ausgegangen: Minder beider königlichen Staats-Schuldentilgungskasse in Berlin und bei der Reichs-Bank. Hauptfache erfolgt die Einlösung der Zinscoupons der Reichsanleihe bei 17 Reichs-Bank-Capitalisten und 43 Reichs-Bankstellen, sowie bei 10 Depotbanken an deren Eig. sich keine solche Bankanleihe befindet. Es seien somit insgesamt 72 Reichs-Bankstellen, welche sich über das ganze deutsche Reich vertheilt, vorhanden, und ein Bedürfnis zur Vermehrung dieser Reichs-Bankstellen bis jetzt nicht hervorgerufen. Da aber durch eine Vermehrung wie sie beantragt worden, die Betriebskosten der Reichs-Bank in verstärktem Maße in Anspruch genommen würden, so würde es aus diesem Grunde schon nicht wünschenswert sein, eine Vermehrung eintreten zu lassen. Durch die Annahme der Zinscoupons von Reichs-Schuldenscheinreibern zur Verdrückung von Reichs-Steuern bei den Kassen der Verwaltung der indirecten Steuern würde der Verwendung dieser Zinscoupons als Zahlungsmittel im Privatverkehr naturgemäß ein sehr erheblicher Vortheil geleistet werden und dadurch ein Uebelstand im Kleinverkehr gebildet, dessen Beseitigung wieder wünschenswert sei. Die Reichs-Verwaltung hat aus diesen Gründen alle derartigen Anträge ablehnen zu müssen geglaubt.

Am „Militär-Wochenblatt“ wird jetzt mitgetheilt, daß dem katholischen Diöcesenpfarrer der 12. Division Hgmann behufs Uebertritts in die Stellung als Probi in der St. Sebaste-Kirche in Berlin und als fürstbischöflicher Delegat, die Entlassung ertheilt worden ist.

Dr. Diels, Oberlehrer am königlichen Gymnasium, ist zu einer ordentlichen Professur an der hiesigen Universität zum October d. J. berufen worden. Der Magistrat hat beschlossen, dem Wunsche des Dr. Diels zu entsprechen und ihn sofort von seiner weiteren Thätigkeit am Gymnasium zu entbinden.

Im „Evangelisch-Kirchl. Anzeiger“ lesen wir: „Nach der Statistik des evangelischen Oberkirchenraths betrug in den acht älteren preussischen Provinzen im Jahre 1880 die Gesamtzahl der Taufen 482 170, wovon 16048 aus Mädchen waren und 39980 aus Knaben. Die Zahl der Trauungen betrug 95 598, wovon waren 14 709 gemischte Ehen.“ Im Ganzen dürften nach annehmender Schätzung jährlich in Preußen etwa 34 000 Mädchen geschlossen werden. Täglich 1200 Kinder gehen, durch katholische Taufe der evangelischen Kirche aus Mädchen verloren, wenn man nach dem Grundzuge rechnet, daß von den Kindern aus Mädchen die eine Hälfte der evangelischen Kirche und die andere Hälfte der katholischen Kirche geht. Man ersieht hieraus die Wichtigkeit des Mädchenkreises für den Schutz des Bestandes der evangelischen Confession in Preußen.“

Der deutsche Verein für das höhere Mädchen-schulwesen hält seine diesjährige Haupt-Versammlung in den Tagen vom 4.—7. October in Stuttgart ab. An wissenschaftlichen Vorträgen stehen in Aussicht vornehmlich 2 Arbeiten und zwar die des Rektor Dr. Weigel-Ilm. Wie ist in den beiden letzten Jahresversammlungen der höheren Mädchen-Schule der Unterricht in der deutschen Literatur zu behandeln? und die des Director Schornstein-Eberfeld, „Woburd wird der Geschichtsunterricht zu einem wahrhaft bildenden und selbst danach der Unterrichtsgegenstand der höheren Mädchen-Schule zu werden?“ Außerdem stehen namentlich am 1. Versammlungstage die geographischen Angelegenheiten des Vereins geordnet. Die Königin Olga, die sich befoht für die Verbesserung des Vereins interessiert, wird den Versammlungsbuch wahrscheinlich beizuwohnen.

Die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für die Angehörigen der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung hat bekanntlich durch die in den betreffenden Kreisen, aus Anlaß der goldenen Hochzeit der Majestäten gesammelten Beträge einen wesentlichen Zuwachs erhalten, durch welchen das Vermögen der Stiftung bis auf 509,160 M gestiegen ist. In dem Zeitraum vom 1. April 1879 bis 31. März 1882 sind aus den Einkünften der Stiftung gewährt worden: An Reisependenzen für zusammen 11 Beamt 7200 M., an Studien-Stipendien für Angehörige von Beamten und Unterbeamten in 35 Fällen zusammen 6415 M., an Unterstipendien für Beamte und Unterbeamte und deren Hinterbliebene in 823 Fällen zusammen 55,392 M. — Aus dem Post-Armen- und Unterstützungsfonds, dessen Vermögen ca. 1 Million Mark beträgt, wurden im vorigen Jahre 10,889 Personen unterstützt.

Die Anzahl der Reichs-Postanstalten ist von 7068 am Schlusse des Jahres 1878 auf 9143 Ende 1881 gestiegen, hat sich mithin innerhalb drei Jahre um 2075 oder 29,35 pCt. vermehrt. Die Anzahl der Reichstelegraphen-Anstalten ist während desselben Zeitraums von 4143 auf 5896, mithin um 1753 gestiegen und es entspricht je eine Postanstalt auf 48,6 Quadratmeter und 41,55 Einwohner, je eine Telegraphen-Anstalt auf 75,3 Quadratmeter und 6441 Einwohner. Die Beförderungslleistung der Postverwaltung ist auf 1224 Millionen Sendungen im Jahre 1878 auf 1441 Millionen Stück im Jahre 1881 gestiegen; der Telegrammverkehr steigt während desselben Zeitraums eine Zunahme von 3,855,512 Stück auf. Das Gesamtpersonal umfaßt zur Zeit 67,075 Beamte.

Ueber den Verlauf der diesjährigen Wanderversuche in Deutschland liegt ein weiteres auswärtiges Urtheil in dem der kaiserlichen „Post“ vor. Das von Wiesel in Sachsen vertriebene Telegramm des Besonderen lautete: „Nach die großen Wanderversuche des Jahres, ganz wie jene vresiglichen in Schlesien, ausgedehnter verlautet. Anträge, wie kaiserliche Durch-führung gleich hohe Bewunderung forter, was auch die Ansicht der fremden Offiziere. Zu bemerken ist, daß die auswärtigen Mit-

flonen seit 1872 noch nicht so stark gewesen, wie in diesem Jahre. Als Gesamt-Urtheil ist zu resumieren, daß die Wanderversuche in Schlesien sowohl wie diese von dem Prinzen Georg in Sachsen unter den Augen des Deutschen Kaisers und des mit König Ludwig veranlaßten sächsischen Königs kommandirten Feldmarschall neuerdings bewiesen haben, wie in einem Dreyer von Deutschland jene hohen Eigenschaften sollte fortbestehen, welche 1870 und 1871 hohes Lob sehr benutzten ließen. Und zweitens: wie viel trotzdem in diesem Jahre noch gearbeitet wird. Alle drei Wäfen sind unersetzlich. Nach den jetzigen deutschen Ideen über den Gebrauch der Feuerwaffe war dem Schachschiffe kam auch die Kanonerie zu möglichst eingetrennt, welches sehr energisch, oportum und von Erfolg begleitet zu nennen war.

Wie wir hören, ist der bisher im Ministerium des Innern als Hülfswärter beschlossene Vertrag Dr. v. Ritter zum Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath in demselben ernannt. Herr v. Ritter waren seit dem Rücktritt des vresiglichen Geheimen Ober-Regierungsraths Dr. Ludwig Palm die Mühseligkeiten desselben provisorisch übertragen worden. Wie verlautet, dürfte derselbe dazu ansersehen sein, die Geschäfte in fürzen definitiv zu übernehmen.

Vetross der Marine werden folgende Mittheilungen gemacht: Auf der kaiserlichen Werft in Danzig sind jetzt bei der „Société electricque Edison“ in Paris gelieferten beiden dynamo-elektrischen Maschinen und gegen 200 elektrische Glühlampen, mit denen demnächst der Versuch einer elektrischen Beleuchtung einer Werft und eines Theils des Werftterrains angestellt werden soll, eingetroffen. — Auf dem „Bulkan“ in Settin hat die kaiserliche Regierung wiederum vier Torpedoboote und eine elektrische Erleuchtung der Räume des neugebauten Panzer-Schiffes mit gegen 250 Edison'schen Glühlampen in Bestellung gegeben. — Von Interesse wird es sein, zu erfahren, daß das beim Bombardement in Algier von dem englischen Panzer-Schiff „Inflexible“ benutzte prismatische Pulver der deutschen Fabrik aus einer Fabrik in Damm ist, und von der englischen Marine eingeführt worden ist.

Die Einziehung der Kirchensteuer, welche für Berlin zum ersten Male für das Jahr 1881/82 erfolgt ist, hat ein überallhin günstiges Resultat ergeben. Im Ganzen sind ausgehrieben 169 000 M., davon sind bei Präsentation sofort gezahlt 152 381 M., oder 90,12 Prozent; abgesetzt wurden, weil die betreffenden Personen als andere Religions-Gesellschaften angeblich zur Zahlung der Kirchensteuer nicht verpflichtet waren, 16 579 M. oder 9,80 Procent, meinstenfalls, weil die Execution scindulos ausgefallen war, waren nur 128 M. 88 Pf. oder 0,08 Prozent unter Verdrückung des Unlustens, daß die Steuer schon von einem Einkommen von 1800 Mark an ausgehrieben worden ist, gewiß ein verdienstvoller kleiner Betrag.

Düsseldorf, 26. September. In der Rheinprovinz sind wieder eine große Anzahl katholische Geistliche zu Real-Schulinspectoren ernannt worden.

Wien Marine-Verleihenverlaute, soll beabsichtigt werden, eine der vier neuen Schoner-Ausflottoreiten „Aden“ in die nächst-fährigen Geschwader zu übernehmen und aus dem bei beiden Geschwader-Verleihenpanzer-Schiffen „Kaiser“ oder „Deutschland“ zur Anwesenheit für denselben gelangen zu lassen. Damit würde das nächst-fährige Geschwader sich nicht nur seiner Zuverlässigkeit, sondern auch seinen Übungen nach einen bemerkenswerthen Unterschied von dem der bisherigen Geschwader-Verleihenpanzer-Schiffen erkennen lassen. Ertredet und Besuche mit Torpedos, Bewohnen und den neuen Torpedobooten sollen aber im Verdrückung des Programms verbleiben. Als neu würden die Verleihenpanzer-Schiffe mit submarinen Torpedos-Schiffen hinhinommen, mit denen man nämlich im nächsten Sommer die ersten Erprobungen anstellen gedenkt. Dieses noch in keiner anderen Marine existierende Erleihenpanzer-Schiff besteht aus einem großen eisernen Schiffsmodell, das bei Fischtorpedos armirt ist in Meer versenkt und durch elektrische Leitung von Lande aus in Funktion gesetzt werden soll. Zur Zeit befindet sich das Material noch bei Schwarzlof-Berlin in Arbeit. Die submarinen Boote sollen später vor den Einfahrten unserer Kriegshäfen Verwendung fin en. Im nächsten Jahre soll sich zunächst ihr Werth durch Verleihen mit dem Panzer-Schiffen erweisen. Dasselbe wird von See aus gegen die in Aktion gesetzt werden. Es läßt sich wohl erwarten, daß in diesen neuen ingenieuren Verleihen im Allgemeinen ein werthvolles Dienstleistungsmaterial geschaffen werden wird.

Die 36. Versammlung deutscher Philosophen und Schulmänner ist am 26. September in Karlsbad eröffnet worden. Seit Montag ist der Empfangsausschuß in Thätigkeit und über 400 Mitglieder waren bereits eingetroffen. Gegen 20 Vorträge waren angemeldet, die ihre Stoffe den verschiedensten Gebieten der Alterthumswissenschaft, den alten und auch den modernen Sprachen entnehmen. Die Vormittage gehören den Sectionen- und Hauptversammlungen. Nachmittags erhold man sich von den Anstrengungen durch Ausflüge nach Baden und Forstheim, durch Concert, Gartenfest, Commers und Festtheater.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Großes Aufsehen erregte in Dalmatien über die Anordnung der Militärbehörde erfolgte Verhaftung des Artillerie-Oberleutnant Franz Pöhl, der sich seit ungefähr Jahresfrist bekanntlich als rechtsfähiger Sohn eines höchsten Staatsgerichte gerichte und sich auch als solcher, sowie als Prinz der Kaiserin unterzeichnet. Pöhl hatte auch behauptet, Inhaber eines sächsischen Ordens, sowie vom König Albert persönlich als Mitglied des königlichen Hauses begrüßt worden zu sein. Pöhl, der ein beschwerder Mensch ist, scheint nicht das Opfer einer Täuschung, als der Urheber derselben zu sein. Er hat nicht unbedeutende Schulden kontrahirt.

Zur Katastrophe auf der Alsdö-Bismarck-Bahn berichtet man noch aus Esseg: Dem bereits gemeldeten Details über das Eisenbahnunglück ist nur wenig Neues hinzuzufügen. Bemerkenswerth sind die Angaben des Dufrans Joseph Dobanics, welcher in dem von den Hüften fortgerissenen Eisenwagen saß; er ist der Einzige, der sich von den 27 Wagn., mit denen dieser Wagen besetzt war, zu retten vermochte. Er sagt, die Stellung der vier seine Kameraden desdaß unmöglich gewesen, weil die großen, auf Schienen und Rollen laufenden Schultenwagen, die während der Fahrt waren, in der Richtung des Falles liegen und daher beim Sturze des Wagens, wobei dessen Vorderräder schon nach abwärts gerichtet waren, sich von selbst mit großer Kraft nach oben schoben, wie es in dem Wagnen befindlichen Leute jeder Muth abgelehrt war. Er selbst habe sich noch im letzten Augenblicke durchgeschlagen. Wer erinnert sich bei dieser Darstellung nicht an die grauenvolle Ringtheater-Katastrophe, bei welcher im Winter

abre. r in
ffen
lm-
ber
nig-
870
wie
twei
über
die
sich,

tes
ber
om-
des
Dah
die
in

men
die
eben
Stüb-
Beins
bei
beden
ten
Dah
sich
un-
ter

für
ist,
men
tion
segt
den
hen-
ber,
Den
nem
ist,

sind
fa-

eine
sich
beim-
würde
sich
sthen
lum-
Re-
Ber-
Ber-
man
ellen
Ze-
wer,
eich,
soll.
foll.
ab-
r
ge-
tion
nen
en
the
e
in
ge-
bre
die
en-
sch
ten-

mü-
g
n
gr
ter
er
ber
der
als
ber
un-

ber-
ber
es,
sich;
ter
die
die
en
sich
auf
st
sch-
de-
an
an

Kindel durcheinander gemessene Menschen, von Finsternis, Qualm und Hitze umgeben, im engen Raum eines geschlossenen Ganges und im verengten Ringen um das Leben den letzten Atemzug auszuhauchen? Die Wölfe, welche dort das Feuer speist, überhagen das Wasser. Der Schwanz, nach in jenem finsternen, geschlossenen Raume, in den das eifrige Wasser allmählig von allen Seiten einbrang, unter den 26 Unglücklichen vor sich zuzugang, ist zu entsetzlich, um ihn zu Ende zu zenten. Eiferer Berichte melden, daß die verurtheilte Polonoische 30 Meter unterhalb der Brücke aufgefunden wurde. An der Hebung der Waggons wird gearbeitet. Dieser wurde noch immer keine einzige Leiche gefunden. Die neue Brücke soll bei Tag und Nacht fortgesetzt Arbeit am 30. November eröffnen werden.

Frankreich. Paris, 28. September. Gestern Nachmittag um 6 Uhr wurden die Schwefelstein von B. Vincenz von Paula aus der Clementarschule der Rue de la Vierge zu Paris von der Polizei abgetrieben, weil sie ihre Schule nicht an Patenlehrerinnen abgeben wollten und sich darauf stützten, daß 1893 eine Witwe Vouet dem Orden das Haus vermacht habe, es daher ihr Eigentum ist. Die clerical-cognatischen Mütter, welche heute, daß die Schwefelstein ihres Eigentums herab zu sein, die Stadt Paris ist jedoch betreffs der Ausweisung der Schwefelstein in ihrem vollen Rechte, da seit 1789 das Schulgesetz der „Association publique“ angeht, die es der Stadt für 4000 Franc jährlich vermietet hatte.

In Paris werden im nächsten Monat zwei Schwärzgerichte gleichzeitig tagen, ein, das überaus selten ist, aber wegen der großen Zahl von Verhandlungsgegenständen diesmal nicht zu vermeiden war. Zum ersten Male wird übrigens auch ein Neucolonien gerichtlicher Communitar als Geschworener fungieren. Es ist der Bürger Fontaine, welcher während der Commune Director der Domänen gewesen ist und in dieser Eigenschaft die Akrösung des Thiers' sehen Hauses zu leisten hatte. Auf Veranlassung des Ministers Courbet ließ er alle in betreffenden vorliegenden Angelegenheiten vorher in sicheren Gewahrsam bringen. Da man aber zwei Mal die Anwesenheit der Thiers' sehen Sammlung in seinem Privatbesitz fand, so wurde er als Dieb vor das Kriegesgericht gestellt und von demselben nach Neucolonien geschickt, von wo er erst infolge der allgemeinen Amnestie zurückkehrte.

Sokales.

Halle, den 30. September.

Bei der Andacht, welche zu Schluß des Sommerfestes von der lateinischen Hauptschule des Waisenhauses im großen Veranlassungslokal der Anstalt abgehalten wurde, entließ Herr Director Dr. Frick mit herzlichsten Worten des Dankes und den besten Wünschen für die Zukunft von der Anstalt scheidende Lehrer. Herrn Dörschler Dr. Fricke, welcher zum Director des Gymnasiums zu Stental ernannt ist, und Herrn Dr. Michaelis, welcher als ordentlicher Lehrer in das Lehrercollodium des Waisenhaus-Gymnasiums zu Berlin eintritt. — Die Aufnahmeprüfung der neu eintretenden Schüler findet am Montag, den 16. October, Morgens 9 Uhr, die Eröffnung des Winterfestes am folgenden Tage zur selben Zeit statt.

Die Agrar-Commission wird am 2. October Nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem Rathhause nach längerer Pause eine Sitzung abhalten.

— In der gestern Abend auf dem Rathhause abgehaltenen Sitzung der Trotoir-Commission sind Sachen von hervorragender Bedeutung nicht verhandelt worden. Die Neugestaltung der von der Straßengasse berührten Straßen, bezüglich Legung eines möglichst einheitlichen Trotoirs bildete einen Punkt der Tagesordnung, zu dem Stellung genommen wurde.

— Außer der lateinischen Hauptschule haben heute sämtliche übrige Schulen der Französischen Stiftungen, sowie die städtischen Bürger- und Volksschulen den Sommer-Cursus beendet und die 14-tägigen Herbstferien angetreten. Eine große Anzahl Schüler und Schülerinnen von auswärts sind aus diesem Anlaß heute Mittag nach ihren resp. Heimatsorten abgereist, um die Ferien zu Hause zu verbringen.

— Heute werden sämtliche Unterrichtsstellen der städtischen Fortbildungsschulen in die Räume der ehemaligen Provinzial-Gewerbeschule im Gebäude des Stadt-Gymnasiums verlegt. Der Winterkursus der Sonntagsschule umfaßt Zeichen, Rechnen, Geometrie, Deutsch und Schreiben und wird am Sonntag das 8. October Vormittags 11 Uhr eröffnet. Die Fortbildungsschulen beginnen mit demselben Tage ihren Unterricht und erstrecken sich, wie bisher, auf alle das gewerbliche Leben notwendigen Lehrgänge. Anmeldearbeiten ein tretender Schüler werden fernerhin von Herrn Dr. Richter, Weizenplan 3 e entgegengenommen. Am Interesse der jungen Leute wäre es sehr erwünscht, wenn die Eltern, Vormünder und Lehrpersonen die ihnen unterstellten Knaben zum fleißigen Besuch dieser wünschenswerten, gemeinnützigen Schulen anhalten, zumal das zu erwerbende Schulgeld ein verhältnismäßig niedriges ist.

— In der gestern Abend stattgehabten Vorstandssitzung des Sängerbundes an der Saale wurde zur Kenntnis der Mitglieder gebracht, daß der Verein Aderstedten sich bereit erklärt hat, das nächstjährige Gesangsfest des Bundes zu übernehmen. Die diesjährige Generalversammlung soll am 15. October in Halle stattfinden; die Vorstandssitzungen werden auch für die Folge in Wille's Restaurant abgehalten. Das nächstjährige Gesangsfest besteht aus einem größeren kirchlichen und einem weltlichen Concert.

— Anknüpfend an unsere gestrige Mittheilung in der besonderen Beilage, Malart-Donquets betreffend, bemerken wir noch, daß solche auch von dem Blumenbazar von D. Stolze hier gr. Steinstraße 3 angefertigt werden.

Civilstands-Register der Stadt Halle.

Meldungen vom 29. September 1882.
Angehoben: Der Papierfabrikant R. Rinow, Gießstraße 57, und M. Rausch, Klosterstraße 2. — Der Schlosser F. Rau und M. Rittsch, Gartenstraße 10. — Der Glaser D. Ditt, Der 21, und M. Hübenthal, Parfäßstraße 12. — Der Maurer F. Ch. D. Schüpe, Halle, und A. E. Welland, Dommitz.
Gehehen: Dem Vormünder R. Raad ein Sohn, Weinstätten 24. — Eine unehel. Tochter, Gumbachstraße 2. — Ein unehel. Kind, M. S. Alle eine Tochter, Merseburgerstraße 17. — Dem Tischler F. Köhne eine Tochter, Gar 10a.
Gehehen: Die Wittwe Dorothea Köhne Adermann geborene Meißner, 67 Jahr 5 Monat 12 Tage, Gehrmann'scher Allee 3. — Des Sanftarbeiters M. Sime Gehren's Ehefrau geb. Weß, 58 Jahr 3 Monat 26 Tage, Apologie, III. Berneisstraße 8. — Des Kaufmanns C. Elwig's Tochter, 1 Monat 2 Tage, Ent-

frühtung, große Märkerstraße 23. — Des Schlosser S. Wiedig's Ehefrau Auguste geb. Büttner, 22 Jahr 9 Monat 12 Tage, Baubühnenstraße, Wöhrstraße 13. — Die Wittwe Christiana Grotzsch, 60 Jahr 10 Monat 24 Tage, Wöhrstraße, Stadthausstraße, Dr. Superintendent Carl Christian Wöhr, 61 Jahr 7 Monat 21 Tage, Baubühnenstraße, Wöhrstraße 3.

Telegraph. Coursbericht der Hall. Zeitung.

Berliner Fonds-Börse.
Berlin, den 30. September 1882.
4% Preussische Staatsanleihe 103. — Oesterreich. Staatsanleihe A. C. D. E. 257.50. Mainz-Koblenz-Eisenbahn-Aktien 102.25. 4% Ungar. Goldrente 75.25. 4% Russische Anleihe v. 1880 70. — Lombard. Staatsanleihe 598.50. Oester. Credit-Aktien 545.50. Fehler: nihil.
Berliner Getreide-Börse.
Weizen (gelb) Sept.-Octbr. 170.50, April-Mai 172.50 besser.
Roggen. Septbr.-Octbr. 136. —, Octbr.-Nov. 133. —, April-Mai 135. —, höher.
Gerste loco 120.—200.
Hafer. Septbr.-Octbr. 121.50.
Spiritus loco 51.30. Septbr.-Octbr. 51.90. April-Mai 52.90, fcll.
Rüböl loco 60.20. Octbr.-Septbr. 59.40. April-Mai 59.40.

Wasserkraft der Leinwand am Brändelberg bei Straßfurt am 30. September 2 1/2 Meter über 0.

Warum ist der Cacao dem Kaffee, Thee und Chokolade vorzuziehen?

In dem Cacao hat der Kaffee und Thee, sowie die Chokolade einen Concurrenten gefunden, dessen Nützlichkeit sich immer mehr Bahn bricht. Sein natürliches Bundesgenosse ist der Arzt, der in der Sorge um die Gesundheit der seiner ärztlichen Pflicht anvertrauten Familienangehörigen so häufig dem Kaffee den Vorzug giebt und an seine Stelle den wirrigen, dabei zugleich nachtheiligen Cacaotrunk legt. Der Arzt glaubt dem Cacao vor Kaffee und Thee den Vorzug, weil er frei von den schädlichen Einwirkungen ist, die in einiger Concentration garben giftigen Alkaloids des Kaffees und des Thees auf Magen und Nerven-system üben, und die für schwächliche Constitutionen verhängnisvoll werden, vor der Chokolade, weil dem Cacao das Salz, das sich entgegen ist und letzterer deshalb viel leichter zu verdauen ist. Das Publikum aber folgt der Verurteilung des Arztes willig, weil es sich beim ersten Bericht überzeugt, daß der Arzt ihm diesmal einen sympathischen, höchst angenehmen Trank verordnet hat. Nervenman hat dem Cacao, wie ihn beispielsweise die Firma J. & C. Wöhrer, Amsterd., liefert (Doppelkaffee hebe Anwalt), so hat man nicht weiter nach, als in eine Tasse kochendes heissen Wassers einen Theelöffel voll des braunen Cacaopulvers hineinzuwürfen und der prächtigste Morgenkaffee ist innerhalb weniger Minuten bereitet. Dieser Cacao ist sich leicht und bedarf keiner Aufkochen. Nervenman bemerkt, ist der Cacaotrunk Cacao von ganz vorzüglicher Qualität und reinstem Aroma.

Freiburg, 30. September. Heute Nacht wiederholten sich die Exerzisse gegen die Juden, das Militär schritt ein, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Wie verlautet steht die Publikation des Staatsrechts bevor.

Paris, 29. Sept. Die Herzogin Maria Pia von Parma ist heute in Biarritz an den Folgen der Entbindung von einem todtten Kinde gestorben.

Antwerpen, 29. Sept. Das Journal „L'Escaut“ will wissen, die Reise des Ministers des Auswärtigen, Frederix-Debaux, nach Spanien (siehe mit dem Projekte, die Philippineninsel oder wenigstens die Insel Mindanao für Belgien anzukaufen, in Zusammenhang.

Wer sich von Verstopfung, Blähungen, Magendrüsen, Hämorrhoiden, Leber- und Gallenleiden zu erholen will, gebrauche nur Apotheker R. Brandt's Schweizerpillen. Ausführl. Prospekt in den ärztlichen Urtheilen sind gratis, so wie die leichten Apotheker R. Brandt's Schweizerpillen per Schachtel Mk. 1.— erhältlich in den bekannten Apotheken zu Halle, Schwelbitten, Aken, Aschersleben, Schmiedeburg, T. Trau, Wittenberg, Kadogast, Ermleben, Gröbzig, Herberg, Gabe: Adlersapothek; Nordhausen: Mohrenapothek; Bitterfeld: Apotheker Staedt.

Bekanntmachung.

Die Immatrikulation auf hiesiger Universität für das bevorstehende Wintersemester 1882/83 findet am **16., 20., 25. und 31. October cr. Nachmittags 3 Uhr im Prüfungszimmer der Universitäts-Gebäude** statt. Bewußt versehen haben die Studirenden, welche von einer anderen Universität kommen, ein vorchriftsmäßiges Abgangszeugniß von jeder früher besuchten Universität nebst dem Schulzeugniß im Original, neuzugewonnenen und Anerkennung anderer Deutschen Staaten, welche die Studien erst beginnen, Zeugnisse der Reife, die Ausländer wenigstens einen Paß oder sonstige Legitimationspapiere vorzulegen. Nachträgliche Immatrikulationen bedürfen einer besonderen Bewilligung. Halle a/S., am 25. September 1882.

Der Rektor

der vereinten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg.
Keil.

Den Gemeinden der Stattephorie Halle wird hierdurch angezeigt, daß die vorchriftsmäßigen Ergänzungswahlen zu beiden kirchlichen Corporationen, nachdem die Listen der Wähler festgesetzt worden sind, am

Sonntag den 22. October cr. nach 11 Uhr,

unmittelbar nach Schluß des Vormittags-Gottesdienstes in allen Kirchen des Bezirks stattfinden werden; die Namen der ausstehenden, aber wieder wählbaren Kirchenältesten und Gemeindevorsteher werden durch kirchliche Ankündigung, event. auch durch die öffentlichen Wähler bekannt gemacht werden. Die Wahl geschieht durch Stimmzettel, und zwar müssen die Namen der neuwählbaren Ältesten und die der Vertreter gesondert auf zwei Zettel enthalten sein. Gedruckte Stimmzettel sind zulässig. Zur Stimmabgabe sind nur solche Gemeindeglieder berechtigt, welche in der Wählerliste verzeichnet sind.

Discussionen und Ansprachen während der Wahlverhandlungen sind unzulässig.

Alle berechtigten Gemeindeglieder werden zur regen Theilnahme an der Wahl hierdurch eingeladen.

Halle, den 29. September 1882.
Der Superintendent der Städtephorie Halle.
Lic. Förster.

Stellegejuch.

Ein junger Mann, der früher vier Jahr im Bureau eines groß. Gerichts tätig gewesen und jetzt vom Militär entlassen ist, sucht unter günstigen Bedingungen eine Stelle als **Schreiber**. Seine Zeugnisse stehen ihm zur Seite. **H. W. 103 an H. Hansen-Stein & Vogler, Eisenb.**
Ein größerer Laden mit Niederlagen und wünschlicher Wohnung in lebhafter Lage bald zu mieten gesucht. Offerten 8077 an **H. Gräfe** hier.

Kroppenstädt & Co.,
Möbel-Fabrik u. Magazin
gr. Märkerstraße 5,

empfehlen sich bei Bedarf unter Zuzügerung billigerer Preisstellung.
Gr. Schlamm **Herm. Hitschke**, „Forelle“, nahe a/Markt, 10b.

empfehlen sein Lager von **Schürzen, Schürzenzeugen, Filz-Höcken, Unterhosen u. Jacken, Capotten, Tüchern** u. dgl. von den billigsten bis zu den feinsten zu soliden Preisen.

Stickerieien,

Schuhe, Kissen, Sessel, Träger, Teppiche u. dgl., Schuhe von 1. A. Kissen von 1. A. 25 A. an bis zu den feinsten empfiehlt
gr. Schlamm **Herm. Hitschke**, „Forelle“, nahe a/Markt, 10b.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mich am heutigen Tage hier

Grosse Steintrasse No. 29

als **Buchbinder** etablirt habe und halte mich bei vororkommenen in mein Fach schlagenden Arbeiten bestens empfohlen.
Halle a/S., den 1. October 1882.
Carl Pichner.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit heutigem Tage eröffne ich am hiesigen **Alter Markt 5** eine **Conditorei** verdt. mit **Honigkuchenbäckerei**. In dem ich mein Unternehmen einem geehrten Publikum hierdurch bestens empfohlen halte, sichere ich bei streng reeller und pünktlicher Bedienung die billigsten Preise zu.
Hochachtung
Otto Brandt.

Achtung.

Die Frau, welche in meinem **Vertrauenslokal** die 30 Mark aufgeben hat, welche eine arme **Botenfrau** verloren, wird erucht, dieselben sofort an Unterzeichneten wieder abzugeben, andernfalls wird derselbe der Königl. Staatsanwaltschaft Anzeige darüber machen.
Eduard Kobert.

Geschäfts-Verkauf.

Ein **Fasamentier, Fuhr- und Weißwaren** Geschäft in einer größeren Provinzialstadt Anhalts ist **gleichlich** oder per 1. **Januar 1883** zu verkaufen. Das Geschäft besteht seit 18 Jahren, ist gut etablirt und hat einen Umsatz von 40.000 A. Zur Uebernahme sind 10—12.000 A. baare Uebernahme erforderlich. Selbstverständlich belieben Offerten **A. B. 100** an die Exped. der Zig. abgeben zu wollen.

Gerichtlicher Verkauf.

Dienstag d. 3. October d. J. Nachmittags 2 Uhr

sollen die zur **Estar Zaug**'schen Konturmasse von hier gehörigen noch fast neuen Mobilien, als:

- „ein Mahagonischiff, ein oberer Tisch, sechs Stühle, ein „Vericow, ein Waschtisch, ein Spiegel mit Schränken, ein Weichschiff, ein Regal, ein drei Stiel Seidel, eine „Tischle und zwei Gardinen“

meistbietend gegen Baarzahlung in der Wohnung des Gemeindeführers, gr. Ulrichstraße, Nr. 34 2 Tr., öffentlich verkauft werden.
Halle a/S., 30. Sept. 1882.
J. E. Penschel,
Verwalter der **Estar Zaug**'schen Konturmasse.

Christian Glaser,
Eisemöbelfabrik u. Lager,
empfehlen
eiserne Klappbettstellen

in einfacher bis feinsten Ausfertigung mit dazu passenden Matrassen in Robhaar, Klettgras, Strohhalm und mit Sprungfedern zu billigen Preisen.

Für Kapitalisten!

Für mein reelles lucratives Geschäft, in welchem ich bereits mit 24.000 Mk. arbeite und welches durch Baarmittel noch bedeutend vergrößert werden kann, wird wegen Ausbleibens des bisherigen **Coculus** ein neuer **stiller Theilnehmer** mit 5—6000 Mk. bei vollständiger Sicherstellung berufen gesucht. Das Geschäft weist nachweislich einen Nutzen von 60% auf und wird für den Einlagekapital ein festes jährliches Gewinn von 30% kontraktlich garantiert, der ganz nach Wunsch vierteljährlich oder monatlich gezahlt werden kann. Offerten von **M. H. 50** unter **N. H. 935** an die Exped. des Berliner Tageblatt, Berlin S.

